

## Nach dem Irak-Schock: Transatlantische Annäherungen?

Aus europäischen Fachzeitschriften, 1. Halbjahr 2004

Ronja Kempin / Benjamin Schreer

Nach Beendigung des Irakkriegs hat sich die Debatte über die transatlantischen Beziehungen intensiviert. Die Wiederannäherung Europas und der USA wird als notwendig angemahnt, die Vereinbarkeit von NATO und ESVP postuliert. Aber die Zweifel bleiben, ob der Mahnung gefolgt wird.

Wie können beide Seiten des Atlantiks wieder zueinanderfinden? Gelingen kann dies nach Ansicht von **Nicole Gnesotto**, Direktorin des in Paris ansässigen European Union Institute for Security Studies (ISS), wenn Europa eine Diskussion über das Verhältnis zu den USA anstrengt. Nur so könnten die Europäer zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber dem auch künftig dominanten Akteur der internationalen Politik finden. In Ihrem Beitrag in *Commentaire* konstatiert die Autorin, daß die Europäische Union (EU) im Krisenfall eine einheitliche außenpolitische Position nur dann zu beziehen vermag, wenn sich die 25 Mitgliedstaaten über die Rolle der USA und über jene der EU bei der Beilegung der Krise verständigen könnten.

Dabei resultierten die gegenwärtigen Spannungen in den transatlantischen Beziehungen nicht nur aus unterschiedlichen Einschätzungen der Sicherheitsbedrohungen, ihrer Ursachen sowie der

Instrumente zu ihrer Bekämpfung. Vielmehr schwanke die Administration in Washington zwischen der Abqualifizierung Europas angesichts dessen unzureichender militärischer Fähigkeiten auf der einen und der Sorge vor einer Bedrohung der amerikanischen Dominanz durch einen erstarkenden europäischen Partner mit zusehends abweichenden politischen Ambitionen auf der anderen Seite.

Auch Washingtons Haltung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) bleibe daher widersprüchlich. So werde von den Europäern einerseits der Aufbau militärischer Fähigkeiten gefordert. Zugleich aber stehe das Drängen Washingtons auf mehr europäische Verantwortungsbereitschaft in der NATO in Kontrast zum anhaltenden amerikanischen Desinteresse an der Allianz. Auf diese Weise gelinge es den USA immer wieder, die Europäer auseinanderzudividieren. Dieser Politik, die auch der Allianz mehr schade als

nütze, können laut Gnesotto die Europäer nur durch eine tragfähige gemeinsame Politik gegenüber Washington entgegenwirken.

Auch **Paul Cornish**, Direktor des Centre for Defense Studies am Londoner Kings College, sieht die transatlantische Allianz in seinem Beitrag für *International Affairs* an einem Scheideweg. Zwar habe die NATO weitreichende Schritte zur eigenen politischen und militärischen Transformation eingeleitet. Allerdings sei nicht sicher, ob die »beeindruckende Liste operativer und organisatorischer Verbesserungen auch zum Katalysator für verbesserte transatlantische Beziehungen« werden könne. Der Erfolg des Transformationsvorhabens hänge vielmehr von der Fähigkeit der politischen Führer in Europa und den USA ab, der Vision einer transformierten NATO Substanz zu verleihen. Cornish identifiziert diesbezüglich drei Kernprobleme:

Erstens werde die transatlantische Annäherung durch die Dominanz »transatlantischer Karikaturen« als Produkt verzerrter Wahrnehmungen erschwert. Die europäische Variante betrachte die USA als arrogant und selbstgerecht, fokussiert auf den Einsatz militärischer Macht zur Durchsetzung zweifelhafter Interessen. Der amerikanische Gegenpart hingegen nehme auf *appeasement* bedachte Europäer wahr, die sich vor den neuen Herausforderungen drückten. Die formale Verständigung über die notwendige Transformation der NATO könne in Krisenzeiten durch den Rückfall auf diese Zerrbilder erodieren.

Zweitens sei die Frage nicht gelöst, wie auf die neuen Bedrohungen zu reagieren sei. Während die Entwicklung einer einheitlichen westlichen Bedrohungsanalyse Gestalt annehme, bestünde kein Konsens darüber, inwieweit militärische Mittel zur Bekämpfung der als Hauptgefahr identifizierten Massenvernichtungswaffen und Terroristen überhaupt geeignet seien. Während die Europäer primär auf Konfliktprävention setzten, schlossen die USA einen präemptiven Militäreinsatz der NATO nicht aus. Die unterschiedlichen Ansätze könnten insofern eine gemeinsame Antwort der

NATO-Mitgliedstaaten auf die neue Bedrohung verhindern. Die Versuche einiger Europäer, die EU als Gegengewicht zu den USA zu instrumentalisieren, würden von Amerika nicht toleriert. Solange unklar bleibe, ob die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Europa bestimmt würde durch die gemeinsame Identifikation, Abschreckung und Abwehr einer externen Bedrohung oder ob die europäische Teilhabe nur als Instrument zur Verhinderung der amerikanischen Führungsrolle diene, sei die Transformation der NATO zum Scheitern verurteilt.

Drittens stelle sich die Frage der militärischen Fähigkeiten. Bekanntermaßen hätten die Europäer hier bisher keine nennenswerten Fortschritte erzielt. Der europäische Beitrag zur militärischen Transformation der NATO bleibe folglich bescheiden. Abzuwarten sei daher, inwieweit die militärische Transformationsagenda zu einer Reopolitisierung der NATO führe und ob sich das Ungleichgewicht der militärischen Fähigkeiten weiter vergrößere.

Für Cornish ist ein neuer transatlantischer Dialog unabdingbar. Während Washington den Wert des Bündnisses und der europäischen sicherheitspolitischen Vision anerkennen müsse, seien die Europäer gefordert, nicht auf Kosten einer verbesserten transatlantischen Partnerschaft langfristig nach einer europäischen Verteidigungspolitik zu streben. Das beste Instrument sei dabei die konsequente Nutzung der »Berlin-Plus«-Vereinbarung. Nur so sei es längerfristig realistisch, daß NATO und EU zusammen die Sicherheit in und für Europa gewährleisten.

## EU als strategischer Akteur

Die zweite Debatte, die zur Klärung der transatlantischen Beziehungen notwendig ist, betrifft die wachsende Bedeutung der EU als strategischer Akteur.

So sieht **Adam D. Rotfeld**, Staatssekretär im polnischen Außenministerium und ehemaliger Direktor des Stockholm Inter-

national Peace Research Institute (SIPRI), die Mitgliedstaaten der EU in der Pflicht, das Verhältnis zwischen ESVP und NATO zu klären. Die Frage, ob die Europäische Union einer eigenen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bedürfe, beantwortet er in *Politique étrangère* unter Verweis auf die mit dieser Politik verbundenen Entstehung einer europäischen strategischen Kultur uneingeschränkt positiv. Den zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die in der Europäischen Sicherheitsstrategie erkannt seien, könne Europa nur mit den Mitteln der ESVP begegnen.

Dennoch werde es im Rahmen der gegenwärtigen ESVP wohl nicht gelingen, die Interessen und divergierenden sicherheitspolitischen Konzeptionen der Mitgliedstaaten zu einen. Die institutionellen Fortschritte, die mit der Vereinbarung zur strukturierten Zusammenarbeit, der Schaffung einer Europäischen Verteidigungsagentur und der Annahme des »Battlegroups«-Konzepts erzielt wurden, seien aber zweifellos wichtig und lägen im polnischen Interesse.

Die ESVP kranke weiter an zwei ungelösten Problemen. Erstens sei die zentrale Frage für die Fortentwicklung der ESVP nicht die der Finalität oder die der Schaffung europäischer schneller Eingreiftruppen. Zentral für den weiteren europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Integrationsprozeß sei vielmehr die Klärung, ob die ESVP in Opposition zur NATO und zu den USA stehen solle – eine Option, die Warschau strikt ablehne.

Sei diese überfällige Klarstellung erfolgt, dürfe, zweitens, nicht aus den Augen verloren werden, daß die Mehrheit der neuen EU-Mitgliedstaaten aufgrund der zusätzlichen finanziellen Belastungen, die beim Aufbau europäischer Streitkräfte anfallen, allenfalls mittelfristig zur Operationsfähigkeit der ESVP beitragen könne. In dieser Übergangsperiode sei es von zentraler Bedeutung, daß diese Staaten von den militärisch potenteren Mitgliedern dennoch als gleichberechtigte politische Partner angesehen werden. Nur wenn beide Bedingun-

gen erfüllt würden, könne die ESVP den Interessen der internationalen Gemeinschaft wie auch denen der EU-Mitgliedstaaten und ihren Bevölkerungen gerecht und damit handlungsfähig werden.

Immerhin haben die europäischen Streitkräfte in den letzten fünf Jahren an Profil gewonnen. Zu diesem Befund kommen **Bastian Giegerich** und **William Wallace** von der London School of Economics (LSE) in *Survival*. Die EU sei keinesfalls nur auf *soft power* bedacht. So sei zwar das Helsinki Headline Goal von 1999 für militärische Fähigkeiten, wenn auch nicht qualitativ, so doch quantitativ sehr wohl erreicht worden. Eine bemerkenswerte Zunahme in Umfang, Entfernung und Vielfalt militärischer Operationen europäischer Streitkräfte könne festgestellt werden: Zwischen 50 000 und 60 000 Soldaten seien gegenwärtig in mehr als zwanzig Staaten dauerhaft im Einsatz.

Die europäischen Staaten hätten militärischen Einsätzen keineswegs so ablehnend gegenübergestanden, wie dies in neokonservativen Kreisen der USA bis heute unterstellt werde. Vielmehr gebe es eine wachsende Beteiligung europäischer Staaten an friedenserhaltenden Einsätzen mit hohen operativen Anforderungen – ob in Afghanistan, Bosnien oder im Kongo. Daraus schließen die Autoren, daß die NATO als global agierendes Bündnis zwar auf die Führung der USA angewiesen sei, die vermehrte europäische Beteiligung an Einsätzen aber verstärkt die Frage nach dem europäischen Einfluß innerhalb der Allianz aufwerfen werde. Die Implikationen dieser Entwicklung seien in der europäischen und transatlantischen Politik noch nicht ausreichend erfaßt worden.

Gleichwohl bleibe eine Lücke bei militärischen Kernfähigkeiten wie strategischem Lufttransport, taktischer Luftunterstützung, Aufklärung und schnellen Einsatzkräften. Hier seien im bürokratischen Prozeß von NATO und EU kaum Fortschritte gemacht worden. Vor dem Hintergrund der Einsätze in Afghanistan und Irak räume deshalb insbesondere Großbritannien der

Umsetzung des Helsinki Goals keine hohe Priorität mehr ein. Die britisch-französische Ankündigung einer verstärkten Verteidigungskooperation vom Februar 2004 und die geplante Aufstellung schnell einsetzbarer, hochmoderner »Battlegroups« reflektiere statt dessen einen »selektiven Ansatz« zur Entwicklung zusätzlicher militärischer Ressourcen.

### Neues transatlantisches Projekt?

Damit die transatlantischen Beziehungen weiter tragfähig bleiben, scheint ein neues gemeinsames Projekt notwendig, das sich intensiver mit den neuen sicherheitspolitischen Problemregionen befaßt. Der Mittlere und Nahe Osten sowie Afrika geraten hierbei zusehends ins Blickfeld der Debatte.

So fordert **Joachim Krause**, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft an der Universität Kiel, in der *Internationalen Politik* eine europäische Strategie als Antwort auf den islamistischen Terror. Die neue Dimension dieser Bedrohung, deren Urheber eine Konfrontation mit dem Westen als »ebenso unvermeidlich wie wünschenswert« ansähen, ergibt sich für ihn aus einer Kombination dreier Risiken.

Erstens stützten die islamistischen Ideologien die Bereitschaft zur Anwendung nihilistischer Gewalt, die keinerlei Hemmschwelle kenne und auf möglichst viele zivile Opfer abziele. Mit der entsprechenden Strategie verfolgten die Terroristen zum einen das Ziel, Unfrieden und Krieg zu stiften. Ihre Angriffe seien zum anderen aber auch prinzipiell auf die Zerstörung der abendländischen Zivilisation ausgerichtet. Daher sei die im Westen oft empfohlene De-Eskalationsstrategie gegenüber dem islamistischen Terror zum Scheitern verurteilt. Denn Ziel der Anschläge sei es, »Gegenwartigkeit zu provozieren oder den Gegner zu schwächen, aber nicht in einen auch nur indirekten Verhandlungsprozess über politische Ziele einzutreten.«

Zweitens versuchten die Gruppierungen durch die Implementierung von Terror-

zellen und eine extremistische religiöse Agitation, die westlichen Demokratien von Innen her zu destabilisieren und zu schwächen. Eine hohe Zahl gewaltbereiter islamistischer Extremisten in Deutschland bildeten das Reservoir für »Schläferzellen« und weitere Formen der Unterstützung terroristischer Organisationen.

Drittens befürchtet Krause eine Solidarisierung der muslimischen Welt mit dem »Dschihad-Projekt«. In diesem Fall bestünde »theoretisch die Möglichkeit einer strategischen Konfrontation globalen Ausmaßes mit einer neuen Variante des Totalitarismus.« Dies gelte zumal dann, wenn diese Kräfte die Kontrolle über Staaten erlangten, die wie Saudi-Arabien oder Pakistan wichtige Erdölressourcen bzw. Kernwaffen besitzen.

Der Autor widerspricht in diesem Zusammenhang der weitverbreiteten These, ein solcher Solidarisierungseffekt sei die Folge amerikanischer Militäroperationen gegen muslimische Staaten. Neben der Zerschlagung des afghanischen Talibanregimes habe auch die US-Intervention im Irak keinen Beleg für eine solche Kausalität geliefert. Militärische Interventionen hätten nur dort die von den Islamisten gewünschte Wirkung, »wo es zum Einsatz wirklich dauerhaft brutaler und unterschiedsloser Gewalt gegen Muslime kommt oder wo versucht wird, die Gelegenheit zur Veränderung des territorialen und ethnischen Status quo zu nutzen.« Militärische Interventionen seien insofern per se kein Faktor, der al-Qaida fördere, sondern in einigen Fällen ein notwendiges Instrument ihrer Bekämpfung.

Aus seinen Überlegungen zieht Krause den Schluß, daß eine umfassende Strategie auf nationaler und europäischer Ebene notwendig ist. In Deutschland umfasse dies die Schaffung einer neuen Architektur der Geheimdienste, neue innenpolitische Instrumente zur Bekämpfung ansässiger islamistischer Extremisten, eine verbesserte Prävention von Terroranschlägen sowie eine dichtere Vernetzung aller sicherheitsrelevanten Akteure. Eine Umsetzung dieser

Strategie könne nur auf der Basis eines überparteilichen Konsenses gelingen.

Auf europäischer Ebene müsse es neben einem verbesserten Informationsaustausch eine Instanz für die Aus- und Bewertung der Terrorgefahr geben. Darüber hinaus sei es wichtig, die »tiefe gesellschaftliche Krise« des Mittleren Ostens als gemeinsames Problem westlicher Sicherheit zu erkennen und entsprechend zu handeln. Erhöhung der Entwicklungshilfemittel oder eine Politik des Dialogs reichten als Strategie nicht mehr aus. Vielmehr sei eine Politik gefordert, die »den Nahen und Mittleren Osten ebenso umstülpt wie Europa und Ostasien nach 1945.« Diese große Herausforderung als transatlantisches Projekt zu begreifen sei die »eigentliche weltpolitische Herausforderung unserer Zeit.«

Im Gegensatz zu Krause weist **Jürgen Wagner**, Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle Militarisierung, in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* darauf hin, daß sich das strategische Interesse der USA vom Nahen und Mittleren Osten zunehmend auf Afrika verlagere.

Diese Verlagerung versucht er anhand der teils polemisch referierten Aussagen von Thomas P. Barnett zu belegen, Professor am U.S. Naval College und Berater des amerikanischen Verteidigungsministeriums. Die in Afrika zu beobachtenden Konfliktkonstellationen seien nach Barnett prototypisch für sicherheitsrelevante Probleme der Globalisierung, die künftig den frühzeitigen Einsatz amerikanischer Truppen erforderten.

Ein strategisches Interesse der USA an der Region sei es, vermehrt Öl aus afrikanischen Staaten zu erschließen, um so die Abhängigkeit vom instabilen Persischen Golf und dem »OPEC-Kartell« zu vermindern. Um diesen Anspruch auch militärisch abzusichern, plane das Pentagon die Errichtung zahlreicher Stützpunkte in Westafrika. Mit Kamerun, Äquatorial-Guinea und Gabun seien bereits konkrete Absprachen getroffen worden, die Verhandlungen mit Benin, der Elfenbeinküste, São Tomé und Príncipe sowie Nigeria dauerten noch an.

Aus amerikanischer Sicht sei ein verstärktes militärisches Engagement in Afrika auch deshalb notwendig, weil der Kontinent zunehmend zur »Brutstätte des Terrorismus« würde. Doch verdeutliche das Beispiel Nigeria »wieder einmal«, wie eng der »Kampf gegen den Terror« mit der Wahrung amerikanischer Ölinteressen zusammenhänge. Die neue Afrikapolitik der US-Regierung entspreche Barnetts zentraler Forderung, »sicherheitsrelevanten Problemen der Globalisierung künftig frühzeitig zu begegnen.« Das US-Militär habe dabei als »Systemadministrator der Globalisierung« die Aufgabe, den Staaten, die sich nicht in das »Schema neoliberaler Globalisierung einfügen«, vor Augen zu halten, daß die USA dies nicht tolerierten. Nach Auffassung Wagners ist daher auch die Transformation der US-Streitkräfte von dem Ziel bestimmt, »die von den USA oktroyierte neoliberale Wirtschaftsordnung durchzusetzen.« Dies äußere sich im neuen Stationierungskonzept der USA für Afrika, der »omnipräsenten Manifestation der interventionistischen Bush-Doktrin.«

Europa müsse sich entscheiden, ob es zu einer effektiven Lösung globalisierungsbedingter Konflikte beitragen oder sich im Sinne Barnetts »an der militärischen Administration neoliberaler Globalisierung« beteiligen wolle. Die Europäische Sicherheitsstrategie lege den Verdacht nahe, daß Europa Barnetts Weltbild teile. Noch sei die Erkenntnis nicht durchgedrungen, daß die Probleme in Afrika nur durch Entwicklungshilfe und nicht durch den Einsatz von Militär gelöst werden könnten.

## **Verlust französischer Gestaltungsmacht?**

**Laurent Fabius**, ehemaliger französischer Premierminister und Abgeordneter der Nationalversammlung, konstatiert in der Zeitschrift *La revue internationale et stratégique*, daß die seiner Ansicht nach zu Recht erfolgte Ablehnung des Irakkriegs seinem Land keinen Ansehensgewinn gebracht hat.

Paris habe versäumt, den USA bereits zu Beginn der Krise klar und deutlich zu erklären, daß ein Angriff des Irak nicht unterstützt werde. So sei in Washington der Eindruck entstanden, Frankreich habe sich im UN-Sicherheitsrat nicht um einen Konsens bemüht, sondern von vornherein die Absicht verfolgt, die Bush-Administration vorzuführen. Darüber hinaus hätte es keine Bestrebungen gegeben, einen europäischen Konsens herzustellen.

Diese Versäumnisse hätten jedoch nur deshalb zur Isolation Frankreichs geführt, weil sie nicht durch eine sachgemäße Strategie aufgefangen werden konnten. Die französische Regierung habe nicht verstanden, daß Frankreichs Interessen nach dem 11. September 2001 nicht mehr mit den Mitteln einer kurzfristigen und themenspezifischen nationalen Diplomatie durchgesetzt werden konnten. Paris müsse nunmehr seine diplomatischen Ambitionen im europäischen Kontext verankern. Nur Europa verfüge über eine ausreichend kritische Masse, heute den USA und morgen vielleicht Indien und China auf gleicher Augenhöhe entgegenzutreten.

Es müsse gelingen, Frankreichs Partner von der Idee zu überzeugen, eine »gelassene Macht Europa« aufzubauen, die jegliche hegemonialen und neokolonialen Bestrebungen hinter sich gelassen habe, aber dennoch über wirtschaftliche, militärische und diplomatische Mittel verfüge. Die außenpolitische Strategie Frankreichs müsse darauf abzielen, dieses Europa in den Rahmen einer erneuerten strategischen Partnerschaft mit den USA zu stellen. Die neue Partnerschaft müsse ihren Ausdruck in der Wiederbelebung der NATO finden, die zu einem Anker internationaler Stabilität werden müsse. Diesen Weg könne Europa jedoch nur im Rahmen des Modells konzentrischer Kreise oder zumindest über das Vehikel der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Großbritannien beschreiten. Frankreich dürfe sich nicht länger darauf beschränken, Positionen zu formulieren, sondern müsse einer klaren Strategie folgen.

In der Haltung seines Landes während der Irakkrise vermag auch **Pierre Hassner**, emeritierter Forschungsdirektor am Centre d'études et de recherches internationales (CERI), an gleicher Stelle wenig Positives zu erkennen. Zwar sei es der französischen Staatsführung gelungen, einen nationalen Konsens herbeizuführen und die Isolierung der französischen Muslime zu vermeiden. Doch habe weder die arrogante Haltung des Staatspräsidenten noch die akrobatische Diplomatie des Außenministers den Krieg verhindern können. Der widersprüchliche und utopische Charakter französischer Vorstellungen von der Beendigung der Besatzung des Iraks und von multipolarer Weltordnung hätten im Ergebnis dazu geführt, daß die Beziehungen Frankreichs zu den USA heute so schlecht seien wie nie zuvor.

Hassner findet deutliche Worte: Gegenüber den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU habe Präsident Chirac eine Haltung eingenommen, wie sie bislang nur die sowjetischen Botschafter zu Zeiten des Warschauer Pakts an den Tag gelegt hätten. Die Vorschläge zur schnellen Übergabe der Souveränität an die Iraker seien nicht in der Absicht erfolgt, einen Konsens mit den USA zu finden. Frankreichs rhetorische Beschwörung einer anderen Weltordnung in Abgrenzung zum amerikanischen Unilateralismus basiere in Wirklichkeit auf dem Bestreben, anderen Staaten von Paris definierte Regeln zu diktieren.

Dies schränke die französische Politik ein. Multilateralismus und Multipolarität könne Paris nur erreichen, wenn es den europäischen Weg einschlage und der Formel folge: »Kein französischer Einfluß ohne Europa, kein deutsch-französisches Europa ohne die Zustimmung der anderen Mitgliedstaaten, allen voran Großbritannien, kein machtvolleres und einflußreiches Europa ohne Streben nach einem minimalen Konsens mit den USA.«

In der Sommerausgabe derselben Zeitschrift fordert schließlich Senator **Didier Boulaud**, Mitglied der Parti Socialiste und der Kommission für Außen- und Verteidigungspolitik des Senats, daß der außen-

politische Kurs des Landes wieder klar definiert werden müsse. Er kontrastiert die französische Politik dabei mit den Ambitionen der NATO, ihre Zuständigkeiten weiter auszudehnen. So gehörten eine stärkere Präsenz im Mittleren und Nahen Osten, die Stabilität des Mittelmeerraumes und Afrikas sowie die Bekämpfung des islamistischen Fundamentalismus ebenso zum erklärten Aufgabenfeld der Allianz wie die generelle Ausrichtung auf neue sicherheitspolitische Bedrohungen.

Der Autor sieht in den Bestrebungen der NATO den Versuch, die UNO zu ersetzen. Frankreich jedoch, so seine Kritik, schweige zu dieser Entwicklung. Schlimmer noch: die Regierung gebe die Sonderrolle Frankreichs in der NATO sukzessive auf. So stelle sie etwa der Allianz immer mehr Soldaten für die NATO Response Force (NRF) zur Verfügung, übersehe aber, daß sie damit die Verfügungsgewalt über die eigenen Truppen verliere. Diese Entwicklung müsse Paris zugunsten eines stärkeren europäischen Engagements revidieren. Allein der Aufbau einer glaubwürdigen europäischen Verteidigungspolitik könne eine transatlantische Aufgabenteilung in der NATO verhindern.

Um dies zu erreichen, empfiehlt Boulaud der Regierung, verstärkt auf die neuen EU-Mitgliedstaaten zuzugehen, denen sie bislang eher ängstlich gegenübergestanden habe. So könne den Staaten Mittel- und Osteuropas vermittelt werden, daß Europa ihre sicherheitspolitischen Probleme verstehe, daß diese aber einzig im Rahmen einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gelöst werden könnten. Diese Aufgabe könne die Regierung jedoch nur dann meistern, wenn sie ihrem politischen, diplomatischen und militärischen Handeln in und für Europa Kohärenz verleihe und zu einer klaren Zielsetzung für Europa zurückfinde.

## Vorgestellte Aufsätze

- Boulaud, Didier**, Une France brouillonne face à une OTAN déterminée, in: *La revue internationale et stratégique*, (Sommer 2004) 54, S. 65–71
- Cornish, Paul**, NATO: The Practice and Politics of Transformation, in: *International Affairs*, 80 (2004) 1, S. 63–74
- Fabius, Laurent**, Diplomatie française: passer de la posture à la stratégie, in: *La revue internationale et stratégique*, (Frühjahr 2004) 53, S. 53–57
- Giegerich, Bastian/Wallace, William**, Not Such a Soft Power: the External Deployment of European Forces, in: *Survival*, 46 (Sommer 2004) 2, S. 163–182
- Gnesotto, Nicole**, Europe et Etats-Unis. Visions du monde, visions de l'autre, in: *Commentaire*, (Frühjahr 2004) 105, S. 17–27
- Hassner, Pierre**, Fausses manœuvres, in: *La revue internationale et stratégique*, (Frühjahr 2004) 53, S. 57–63
- Krause, Joachim**, Eine neue Dimension: Europa braucht eine Strategie gegen den islamistischen Terror, in: *Internationale Politik*, 59 (April 2004) 4, S. 75–83
- Rotfeld, Adam D.**, L'Union a-t-elle besoin de la PESD?, in: *Politique étrangère*, 69 (Sommer 2004) 2, S. 361–373
- Wagner, Jürgen**, Afrika im Fadenkreuz. Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (2004) 6, S. 703–711

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004  
Alle Rechte vorbehalten

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6380